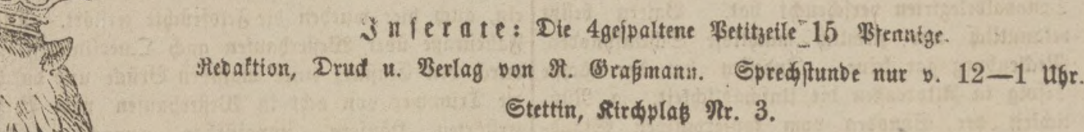
Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.



Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Redaktion, Druck u. Verlag von R. Graßmann. Sprechstunde nur v. 12—1 Uhr. Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

# Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Mittwoch, den 16. Juni 1880. Nr. 276.

## Landtags-Verhandlungen.

### Herrenhaus.

24. Sitzung vom 15. Juni.

Präsident Herzog v. Ratibor eröffnet die Sitzung um 12¼ Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

Am Ministertische: Minister Maybach und Bitter mit mehreren Kommissarien.

Der in die Kommission zur Vorberathung der kirchenpolitischen Vorlage gewählte Professor Dr. Hölscher aus Bonn hat die Wahl abgelehnt.

Tagesordnung:

I. Mündlicher Bericht der Justiz-Kommission über den Gesetzentwurf betreffend Uebertragung von Befugnissen, welche den Provinzial-Behörden und deren Vorstehern gesetzlich vorbehalten sind, auf die königlichen Eisenbahn-Direktionen und deren Vorsteher.

Der Gesetzentwurf wird ohne Debatte angenommen.

II. Mündlicher Bericht der Budget-Kommission über den Gesetzentwurf betreffend die Verwendung der aus dem Ertrage von Reichssteuern an Preußen zu überweisenden Geldsummen.

Referent Herr Oberbürgermeister Hasselbach beantragt, den Gesetzentwurf in der vom Abgeordnetenhause beschlossenen Fassung en bloc anzunehmen.

Graf zur Lippe befindet sich nicht in der Lage, der Vorlage zuzustimmen. Im gegenwärtigen Augenblicke, wo die Ausgaben fortwährend wachsen, sei es unmöglich, Hoffnungen auf Steuererlasse zu wecken, die man nicht erfüllen kann. Die hohen Gerichtskosten würden demnächst herabgesetzt werden müssen und dadurch eine Mindereinnahme in unserer Staatskasse herbeigeführt werden. Andererseits seien einzelne Ausgaben nicht mehr zu vermeiden, so sei der Bau eines neuen Bibliothekgebäudes eine dringende Nothwendigkeit; man werde denselben unmöglich noch weiter hinausschieben können. Seiner Ansicht nach werde es sogar nöthig sein, in der nächsten Zeit zur Deckung dringend nothwendiger Ausgaben Anleihen aufzunehmen.

Herr Bredt tritt den Ausführungen des Vorredners entgegen und begrüßt seinerseits die Vorlage der Regierung als einen Fortschritt in unserer finanzpolitischen Entwickelung.

Finanzminister Bitter: Die Staatsregierung lege den allerhöchsten Werth darauf, daß der Entwurf angenommen werde. Die allgemeine Finanzlage könne nicht maßgebend sein, da nach § 1 des Gesetzes Steuererlasse nur erfolgen sollen, wenn die Staatsausgaben es gestatten. So lange für Preußen eine Reform der direkten Steuern nicht durchgeführt ist, müsse man sich mit den Uebergangsbestimmungen, wie sie der vorliegende Entwurf enthalte, begnügen.

Die Diskussion wird geschlossen.

Der Gesetzentwurf wird hierauf unverändert genehmigt.

III. Mündlicher Bericht der Budget-Kommission über die Petition des Prinzen Friedrich Wilhelm Ernst von Hessen-Kassel betreffend den Schutz der Rechte seiner fürstlichen Familie an deren Familien-Fideikommiß.

Der Referent, Staatssekretär Dr. Stephan, empfiehlt Namens der Kommission den Uebergang zur Tagesordnung, während

Herr Professor Dr. Beseler eine motivirte Tagesordnung vorschlägt, dahin lautend: in Erwägung, daß binnen acht Tagen die gerichtliche Entscheidung bevorsteht, — über die Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Graf zur Lippe widerspricht diesem letzteren Antrage, der den Schein erwecken könnte, als liege in der That eine Rechtsverzögerung vor.

Auch der Justizminister Dr. Friedberg empfiehlt die Annahme des Kommissionsbeschlusses. Der Petition seien allerdings eine Reihe von Klagen beigefügt, die materiell berechtigt sind. Daß das Herrenhaus sich mit diesen Fragen nicht beschäftigen könne, liege auf der Hand. Graf Lippe habe ganz Recht, die Beschwerde der Petenten richte sich hauptsächlich dahin, daß angeblich nicht mit der nothwendigen Schnelligkeit bei dem Prozesse verfahren worden. Der Prozeß komme am 21. Juni d. Js. zur mündlichen Verhandlung, in welcher wahrscheinlich die Entscheidung erfolgen wird. Er halte deshalb die einfache Tagesordnung für durchaus gerechtfertigt.

Das Haus beschließt hierauf nach dem Antrage der Kommission.

IV. Der Bericht der Matrikel-Kommission wird ohne weitere Debatte für erledigt erklärt

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Unbestimmt.

Schluß 1¾ Uhr.

## Deutschland.

** Berlin, 15. Juni. Der Bundesrath tritt auch am Mittwoch wieder zu einer Sitzung zusammen. Auf die Tagesordnung sind gesetzt die schon erwähnte Vorlage betreffend die Bewilligung von Privattransitlägern für Bau- und Nutzholz, die zweite Berathung des Regulativs betreffend die Kreditirung der Tabaksgewichtssteuer und eine ganze Reihe von mündlichen Berichten des Ausschusses für Zoll- und Steuerwesen, u. a. über die Vorlage betreffend die zollamtliche Anschreibung des Gewichts nach Kilogrammen, über eine Eingabe wegen Wiedererstattung von Spielkartensteuer, über eine Eingabe betreffend die Einschließung des Flußufers bei Burg in das Zollgebiet u. s. w.

Die Panzerkorvette „Sachsen" wird nach Vollendung ihr.. zu Ermittelunng der Wirkung verschiedener Schraubenstellung vorgenommenen Probefahrten am 17. d. dem Geschwader, welches am 15. d. nach der öslichen Ostsee in See gegangen ist, nachfolgen.

Die Nummern 8 und 9 des deutschen Handelsarchivs vom 21. und 28. Mai enthalten ausführliche Mittheilungen aus den Ergebnissen einer Enquete, welche der kaiserliche Geschäftsträger in Zentralamerika über den Absatz deutscher Industrieerzeugnisse in den Republiken Guatemala, Nicaragua, Costa rica, Honduras und Salvador veranstaltet hat. In diesen Mittheilungen ist ein Material gesammelt, welches theils durch seine ausführlichen Nachweisungen über die Absatzbedingungen bezüglich einer großen Zahl dortiger Bedarfsartikel, namentlich aber auch dadurch ein großes Interesse gewährt, daß die Berichterstatter die Gründe, aus denen sie manche Mißerfolge des deutschen Exportgeschäfts und die verhältnißmäßig geringfügige Betheiligung desselben an der Versorgung des dortigen Markts erklären, eingehender Erörterung unterwerfen. Die Wahrnehmungen und Winke dürften der ernstesten Aufmerksamkeit des am Export betheiligten deutschen Handels- und Gewerbestandes um so mehr werth sein, als sie sich in ihrer Bedeutung keineswegs auf das besondere hier in Frage stehende Absatzgebiet beschränken, vielmehr allgemein dem deutschen Ausfuhrhandel überhaupt anhaftende Eigenthümlichkeiten und Mängel betreffen. In den wesentlichsten Beziehungen wird die Abstellung der Mißstände, unter welchen unser überseeischen Export leidet, aus der eigenen Initiative des Handels- und Gewerbestandes hervorgehen müssen. Die Frage verdient, wie der Minister für Handel und Gewerbe in einem Erlaß vom 3. d. M. an die Handelskammern und kaufmännischen Korporationen hervorhebt, ernste Erwägung; es wird zu prüfen sein, mit welchen Mitteln Seitens dieser in diesem Sinne gewirkt werden kann. Der Minister wünscht zu erfahren, was etwa in der bezeichneten Richtung geschehen ist oder beabsichtigt wird; auch würde der Minister sachlich begründete Ausführungen bezüglich der Möglichkeit und Zweckmäßigkeit einer regierungsseitigen Einschreitung eingehender Prüfung zu unterwerfen bereit sein.

Berlin, 15. Juni. Nachfolgende Allerhöchste Dankschreiben sind den städtischen Behörden Berlins zugegangen und in der gestrigen Stadtverordneten-Versammlung verkündet worden.

Ein Schreiben Sr. Majestät des Kaisers und Königs lautet:

Von dem Magistrat und den Stadtverordneten Meiner Haupt- und Residenzstadt Berlin sind Mir in gewohnter Treue und Anhänglichkeit zu der kürzlich stattgehabten Verlobung Meines vielgeliebten Enkels, Sr. königl. Hoheit des Prinzen Wilhelm von Preußen, mit Ihrer Hoheit der Prinzessin Augusta Victoria zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg herzliche Glückwünsche dargebracht worden. Dieselben haben Mich im Gefühl der hohen Freude, mit welcher Mich dieses hohe Glück verheißende Ereigniß im Meinem Königlichen Hause erfüllt, sehr wohlthuend berührt, und Ich bin dadurch in der Ueberzeugung nur bestärkt worden, daß der ernste, bedeutungsvolle Schritt des jungen Prinzen, dessen Geschicke sich dermaleinst, so Gott will, mit denen des Vaterlandes zu einer engen Gemeinschaft verknüpfen werden, in allen Schichten Meines getreuen Volkes, insbesondere in der Hauptstadt, von warmer und aufrichtiger Theilnahme begleitet wird. Ich fühle Mich daher gedrungen, den städtischen Behörden für den beredten Ausdruck Ihrer Empfindungen Meinen verbindlichsten Dank auszusprechen.

Berlin, den 10. Juni 1880.

gez. Wilhelm.

An
den Magistrat und die Stadtverordneten
Meiner Haupt- und Residenzstadt Berlin.

Das Schreiben Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin hat folgenden Wortlaut:

Die warmen Worte, welche von dem Magistrat und den Stadtverordneten an Mich gerichtet worden sind, um der Betheiligung der Reichs-Hauptstadt an Unserem glücklichen Familienereigniß Ausdruck zu geben, haben Mich wahrhaft erfreut, und Ich danke Beiden in der frohen Stimmung, welche dieser schönen Veranlassung entspricht. Es war für Mich ein Opfer, Mich nicht ebenso an der offiziellen Verlobungsfeier betheiligen zu können, als es Mir damals vergönnt war, im engeren Kreise das Lebensglück Meiner geliebten Enkel sich entscheiden zu sehen. Möge Gottes Segen ihrem erhabenen Beruf für das Vaterland den besten Erfolg gewähren. Sie werden Erben einer Gesinnung sein, die sich jetzt wieder als schönste Ueberlieferung der Vergangenheit bewährt.

Koblenz, den 11. Juni 1880.

gez. Augusta.

An
den Magistrat und die Stadtverordneten
von Berlin.

— Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: Unter den vielen, in neuester Zeit zu gemeinnützigen Zwecken begründeten größeren Vereinen dürfte wohl schwerlich einer zu finden sein, der sich eines so schnellen und erfolgreichen Aufschwungs rühmen könnte, wie der preußische Beamtenverein. Liegt für uns darin einerseits ein beredter Beweis, wie sehr die speziellen Ziele, welche dieser Verein verfolgt, dem allgemeinen Bedürfniß entsprechen, so erblicken wir darin andererseits auch zugleich die Aufforderung, die Aufmerksamkeit unseres Leserkreises wiederholt auf die erfolgreiche Thätigkeit dieses Vereins hinzulenken.

Anfangs nur in einem kleinen Kreise und vorzugsweise zur Befriedigung rein lokaler wirthschaftlicher Bedürfnisse angeregt, hat der praktische Gedanke, dem der Verein seine Entstehung verdankt, bald in den weitesten Kreisen zahlreiche Anhänger gefunden und eine, man kann sagen, ungeahnte soziale Bedeutung gewonnen.

Die Idee zur Begründung des preußischen Beamtenvereins ging ursprünglich bekanntlich 1872 aus den Kreisen der Bureaubeamten der Landdrostei in Hannover hervor. Dieselben dachten zunächst nur daran, eine Vereinigung der hannoverschen Beamten zu wirthschaftlichen Zwecken zu Stande zu bringen und dieselbe auf den Prinzipien der Gegenseitigkeit und Selbsthülfe zu begründen. Nachdem ein vom Regierungs-Sekretär Hoffmann ausgearbeitetes Promemoria über den Gegenstand im August 1872 die Zustimmung des damaligen Landdrosten, Herrn von Leipziger (gegenwärtig Oberpräsident in Hannover), gefunden hatte, traten am 18. April 1873 zwanzig Beamte in Hannover zu einer näheren Berathung zusammen. Das von diesen Beamten gewählte Komitee legte großes Gewicht darauf, daß auch die höheren Beamten sich der Sache widmen sollten, und und wandte sich vertrauensvoll an den Nachfolger des Herrn von Leipziger, den Herrn Landdrosten von Böttticher (jetzigen Oberpräsidenten in Schleswig.) Letzterer lud am 17. Mai 1873 Beamte aller Behörden in Hannover zu einer Besprechung zusammen. Auch hier gingen die Ideen der Anwesenden zunächst auf verschiedene wirthschaftliche Zwecke (Sparkasse, Vorschußwesen, Konsum- und Wohnungs-Vereine und dergleichen). Indessen wurde die Versammlung bald klar, daß, wenn man die materiellen Interessen des Beamtenstandes in verschiedenster Richtung fördern wollte, man doch nach dem Muster des 1. Allgemeinen Beamtenvereins für dir österreichisch-ungarische Monarchie in Wien ein Lebens-Versicherungs-Projekt als erste Grundlage der Vereinsthätigkeit wählen müsse. Die Versammlung wählte ein Komitee aus 14 Personen und beauftragte dasselbe, als Gründungs-Komitee des Vereins zu fungiren.

Da man aber ein Lebens-Versicherungs-Unternehmen nicht auf eine einzelne Provinz beschränken konnte, so mußte zunächst ermittelt werden, wie die Beamten in anderen Provinzen sich zu dem Projekt stellen würden. Man versandte deshalb Circulare an sämmtliche Behörden des preußischen Staates, mit der Bitte, um thunlichste Verbreitung. Die Empfänger des Circulars wurden ersucht, sich darüber zu erklären, ob sie sich entweder mit einer Versicherung oder durch Zeichnung von Antheilscheinen an dem Garantiefonds des Vereins betheiligen wollten.

Das Ergebniß war überraschend. Aus allen Provinzen kamen freudige Aufmunterungen und zahlreiche Erklärungen der Betheiligung. So konnte denn das Komitee an die Aufstellung des Statuts gehen, da die rege Betheiligung an dem Unternehmen zweifellos war.

Durch Allerhöchsten Erlaß vom 29. Oktober 1875 wurde dann das mehrfach verbesserte Statut genehmigt und dem Vereine die Rechte einer juristischen Person verliehen, und die darauf vom Komitee im November 1875 erlassene Aufforderung zum nunmehrigen Beitritt brachte es dahin, daß bis Mai 1876 der Garantiefonds voll gezeichnet und Lebens-Versicherungs-Anträge in der erforderlichen Höhe eingegangen waren. So erfolgte denn am 6. Juni 1876 die Wahl des Verwaltungsrathes und die vorläufige Einsetzung der Direktion. Am 1. Juli 1876 begann der Verein seine Geschäftsthätigkeit, nachdem die Erfüllung der statutenmäßigen Bedingungen der Aufsichts-Behörde durch notarielles Protokoll nachgewiesen war.

Wie glänzend sich die Erfolge der Vereinsthätigkeit gerade auf dem Gebiete des Versicherungswesens entfalteten, ergiebt schon ein oberflächlicher Blick auf die Zunahme des Versicherungsbestandes in den ersten drei Geschäftsjahren. Danach betrug nämlich der Bestand:

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| | ultimo 1877: | | | | |
| | 1380 | Leb.-Vers.-Pol. | über | 4,870,200 | Mk. |
| | 574 | Kap. | - | 1,261,800 | - |
| Sa. | 1954 | Pol. . . . . | über | 6,132,000 | Mk. |
| | ultimo 1878: | | | | |
| | 2110 | Leb.-Vers.-Pol. | über | 7,405,600 | Mk. |
| | 829 | Kap. | - | 1,646,700 | - |
| Sa. | 2939 | Pol. . . . . | über | 9,052,100 | Mk. |
| | ultimo 1879: | | | | |
| | 3070 | Leb.-Vers.-Pol. | über | 10,657,700 | Mk. |
| | 1128 | Kap. | - | 2,164,250 | - |
| Sa. | 4198 | Pol. . . . . | über | 12,821,950 | Mk. |

— Im Schoße der unlängst wiederum versammelten Eisenacher Kirchenkonferenz, des einzigen gemeinsamen offiziellen Organs der evangelischen Landeskirchen Deutschlands, sind zwei Erscheinungen, wie man der „Nat.-Ztg." mittheilt, besonders deutlich zu Tage getreten. Erstens ein ausgeprägter partikularistischer Zug, insofern die kleineren Kirchenregierungen nichts geflissentlicher zurückweisen, als jeden Anspruch der preußischen auf Leitung und Herrschaft. Lediglich aus diesem Grunde ist statt eines preußischen Mitgliedes das braunschweigische, Abt Ernesti aus Wolfenbüttel, früher schon zum Präsidenten erkoren worden. Die neueste Wendung in Berlin, welche bezeichnet wird durch eine exklusiv orthodoxe General-Synode, die Verpflanzung zweier ähnlich gesinnter Hofprediger in den Oberkirchenrath und die Ersetzung Falks durch Puttkamer hat die heilige Scheu der Süd- und Mitteldeutschen vor preußischem Kirchenregiment noch namhaft erhöht. Mithin findet der die Gemeinschaft ablehnende bekannte Beschluß der nassauischen Landessynode hier volle Würdigung und Sympathie. Daneben aber erscheint zweitens bemerkenswerth, wie fast alle Kirchenregierungen heute übereinstimmend eine mißbilligende, abwehrende Front nach rechts hin kehren. Nicht der Protestantenverein macht ihnen Sorge, sondern das wüste Drängen der Eiferer im konservativen Lager. Ueber Herrn Stöcker's Agitationen hat man in Eisenach von den ihre Verantwortlichkeit empfindenden und ernst nehmenden Vertretern der evangelischen Kirchenregierungen, kaum Eine ausgenommen, ganz so herbe Urtheile vernehmen können, wie in der liberalen Tagespresse, und es scheint sogar, daß aus diesem Kreise demnächst noch ein nachdrückliches, wenn auch zunächst nur individuelles Votum gegen solches selbstverliehene Apostolat hervorgehen soll. Aller-

dings war man in Eisenach jetzt so wenig wie früher vollzählig: glänzten früher einzelne freisinnige Kirchenleitungen in den Kleinstaaten durch Abwesenheit, so nun diejenigen von Baiern und Mecklenburg, die, wie der Hahnenschrei die Gespenster, die bloße Ankündigung schon der Zuziehung von Synodaldelegirten verscheucht hat. Baiern besitzt bekanntlich nur ziemlich machtlose Scheinsynoden, Mecklenburg gar keine. Indessen hat der nächste Erfolg in Altpreußen die Unschädlichkeit, ja Nützlichkeit der Synoden vom konservativen Standpunkt aus ja so glänzend belegt, daß man fast annehmen möchte, auch Herr Oberkirchenrath Kliefoth in Schwerin werde sich am Ende noch zum Glauben an sie bekehren oder mindestens nicht länger etwas dawider haben, wenn so „treue" Männer, wie Herr von Kleist-Retzow oder Superintendent Meinhold aus Cammin, die viel „laueren" Oberkirchenrathsmitglieder Dorner, v. d. Goltz und Schmidt künftig nach Eisenach begleiteten. Einstweilen hat die Konferenz den Werth, den sie auf nationale Vollzähligkeit legt, durch praktische Zurückziehung des früheren Beschlusses wegen einer Verstärkung durch Synodal-Vertreter bekundet. In der That dürfte die Vollzähligkeit zunächst das Wichtigste sein, damit doch der gesammte deutsche Protestantismus von den Vereinbarungen Gewinn habe.

— Der Vorstand des deutschen Vereins der Rheinprovinz hat an den Staatsminister D-. Falk eine Adresse gerichtet, worin er sein ungetheiltes Einverständniß mit derjenigen Beurtheilung erklärt, welche die kirchenpolitische Vorlage in den Landtagsdebatten durch Falk erfahren hat. „Nach unserer Ueberzeugung ist die Verwerfung derselben das einzig Richtige." Die Annahme der Vorlage werde eine Niederlage der Staatsgewalt bedeuten.

Wer kann glauben, auf solchem Wege die Kurie und ihre Anhänger befriedigen zu wollen? Wer kann glauben, daß es gelingen werde, auf diese Weise die Centrumspartei zu zersplittern oder willenlos folgsame Wählerschaften von ihr abzusprengen? Im Prinzip fehlgegriffen und zugleich ohne jegliche Aussicht auf politischen Vortheil für die Regierung schlägt der Entwurf Bahnen ein, die wir bisher für unmöglich hielten.

Entschlossenes Ausharren würde die Staatsregierung in den Stand gesetzt haben, in Bälde Frieden und Toleranz der Religionsgesellschaften wiederherzustellen; der jetzige Schritt sei aber im Volke nicht anders zu verstehen, denn als ein Preisgeben der mühsam errungenen Position und als eine Nachgiebigkeit, gegen welche sich selbst das Rechtsbewußtsein sträubt.

**Seidenberg**, 15. Juni. In unserer Stadt ist, wie telegraphisch gemeldet wird, durch furchtbare Wolkenbrüche sehr großer Schaden angerichtet worden. Es ist in Folge dessen ein großer Nothstand eingetreten. — Seidenberg liegt im Regierungsbezirk Liegnitz, Kreis Lauban an der Katzbach. — Ueber die Verwüstungen der Gewitter in Westdeutschland liegen die folgenden näheren Nachrichten vor:

Wie aus Lippstadt berichtet wird, mußte der am Freitag gegen 5 Uhr in Lippstadt ankommende Kourierzug mehrmals auf der Strecke anhalten. Auf dem Geleise, über welches der Zug fuhr, waren Patronen gelegt, was bekanntlich deshalb geschieht, damit die Wärter, wenn sie die gewöhnlichen Signale nicht wahrnehmen können, rechtzeitig von der Ankunft des Zuges benachrichtigt werden. Der Schaden, der durch das Naturereigniß angerichtet ist, läßt sich noch nicht absehen. Nach einem Privattelegramm der „Fr. Presse" aus Kassel ist auf der Bahnstrecke Gesecke—Lippstadt ein Brückeneinsturz erfolgt. Die ganze Gegend gleicht einem See, aus welchem Häuser, Bäume und höher gelegene Felder hervorragen. Auf den Feldern, in den Gärten und in vielen Häusern hat die plötzlich hereinbrechende Fluth großen Schaden angerichtet. Ein Glück ist es zu nennen, daß die Gegend meist flach ist; würde das Unwetter in einem gebirgigen Theile getobt haben, dann wäre das Unglück unabsehbar.

In Kassel und Umgegend hat der Blitz wiederholt eingeschlagen. In Wolfsanger wurde der Schäfer, in Niedervellmar eine Anzahl Schafe erschlagen. In Wehlheiden fuhr der Blitz mitten durch die mit Gästen gefüllte Gaststube, ohne Schaden zu thun. In Melsungen hat der Blitz dreimal in das Bahnhofsgebäude, ohne zu zünden, geschlagen; ein anderes Haus wurde von ihm völlig des Daches beraubt; ein Gerichtsvollzieher wurde an Arm und Seite gelähmt, eine junge Frau erschlagen, wogegen ihr nahebeistehendes Kind unversehrt blieb. In Ostheim entzündete der Blitz die Kirche, welche völlig abbrannte. In Folge der wolkenbruchartigen Niederschläge ist ferner der Bahndamm der Berlin-Koblenzer Bahn bei Oberbeisheim durch Ueberschwemmung und Verschüttung von Einschnitten stark beschädigt, wodurch der Verkehr Malsfeld-Treysa gänzlich unterbrochen ist, und zwar voraussichtlich für acht Tage und darüber; es ist nämlich der haushohe Damm der Eisenbahn hier unfahrbar. Auch zwischen Altmorschen und Rotenburg der Bergisch-Märkischen Bahn wurde der Bahnkörper überschwemmt und ein Geleise unfahrbar. Ebenso konnte die Strecke Schwarzfeld-Lauterberg (Route von Northeim-Nordhausen) wegen Ueberschwemmung und Dammrutschung nicht befahren werden.

Außerordentlich groß wird der Schaden geschildert, den das Unwetter im Harzdistrikt angerichtet hat. — Zwischen Aschersleben und Frose sind die Telegraphenstangen zerschlagen, an verschiedenen Orten schlug es ein und es entstand Feuer, die Selke war aus ihren Ufern getreten und überschwemmte das Land; zwischen Ermsleben und Ballenstedt wurde der Eisenbahndamm unterwühlt und der Verkehr gestört, ebenso zwischen Blankenburg und Halberstadt. In der Umgegend von Halberstadt wurden Dörfer und Mühlen unter Wasser gesetzt. In Blankenburg schlug der Blitz zweimal ein, auch hier wurden die Feldfrüchte zerstört. Die Fahrstraße über Westerhausen nach Quedlinburg ist durch den Einsturz einer massiven Brücke und durch die Trümmer von acht in Westerhausen vom Blitz zerstörten Häusern unpassirbar gemacht. In Schwenda bei Stolberg schlug der Blitz viermal ein, zweimal zündete er und äscherte einige Wirthschaftsgebäude ein.

Furchtbare Verwüstungen hat das Unwetter auch bei Derneburg in der Nähe von Hildesheim angerichtet. Dort hat namentlich der Hagel außerordentlichen Schaden verursacht. Schlossen fielen, wie man der „Hildesh. Zeitung" schreibt, bis zu Taubeneigröße in solcher Menge, daß sie noch stundenlang nachher mehrere Zoll hoch umherlagen. Das Hagelwetter selbst dauerte genau 10 Minuten. In Sillium, Holle, Derneburg und Heersum wurde eine große Menge Fensterscheiben zerschlagen. In den Gärten sind Erbsen, Gartenbohnen und Kartoffeln fast vollständig zerstört. In den Feldern sind die Bohnen und weißen Erbsen gänzlich verhagelt, fast ebenso geht es mit dem Roggen. Dann folgen die Kartoffeln. Wenig oder gar nicht haben Weizen, Gerste und Hafer gelitten. Die frischgehackten Rübenfelder sind durch den gleichzeitigen Platzregen zum großen Theil so weggeflossen, daß man von den Rübenreihen nichts mehr bemerken kann. Die Wiesen sind theils vollständig verschlammt. Der Schaden ist auf mehrere Hunderttausend Mark zu veranschlagen.

## Ausland.

**Paris**, 14 Juni. Mehrere Morgenblätter hatten gemeldet, der Kriegsminister Farre habe in seiner gestern in Le Mans beim Bankett des Ackerbaufestes gehaltenen Rede ganz wie im Jahre 1870 der Kriegsminister Leboeuf erklärt, die französische Armee wäre vollständig „prête". Nach dem jetzt vorliegenden Wortlaute der Rede ist dies jedoch keineswegs der Fall. Der Minister konstatirt allerdings mit patriotischer Genugthuung die so unerhört schnelle Wiedererhebung des Landes seit den Schicksalsschlägen des Jahres 1870 und hebt besonders hervor, daß auch die Armee damit gleichen Schritt gehalten habe und durch fortwährende ausdauernde Arbeit zu einem durchaus befriedigenden Zustande gelangt sei. Aber der Minister erkennt darin nur die Garantien für Erhaltung des Friedens, „welchen die Institutionen und die Armeen der Republik" verbürgen.

Die zahlreichen Stimmen, welche Trinquet bei der gestrigen Pariser Gemeinderathswahl erhalten hat, haben die Zahl der Gegner der Amnestievorlage natürlich verstärkt. Die Frage ist übrigens im Ministerrathe noch immer nicht zur Entscheidung gelangt.

**Paris**, 13. Juni. Es handelt sich, wie bereits gemeldet, um die Lösung der Frage, ob die sämmtlichen noch in Neu-Kaledonien oder im Auslande befindlichen Kommunards, einige Hundert an der Zahl, durch ein Gesetz amnestirt und in alle bürgerlichen Rechte wieder eingesetzt, oder einfach durch ein Dekret des Präsidenten begnadigt werden sollen, in welchem letzteren Falle dieselben ihrer politischen Rechte entkleidet bleiben. Mag sich nun das Ministerium dazu entschließen, den Kammern eine Amnestievorlage zu unterbreiten oder sich darauf beschränken, das Begnadigungsrecht auszuüben, immerhin wird man nicht umhin können, darin den Beweis zu erblicken, daß sich die Regierung der radikalen Strömung nicht entziehen kann, und daß sie gezwungen ist, gewissen Einflüssen zu gehorchen. Ueberdies ist die leidige Amnestiefrage als ein Zankapfel in das Kabinet geworfen worden, welches bisher als in allen Fragen durchaus einig dargestellt wurde, während es sich nunmehr zeigt, daß solches keineswegs der Fall ist. In diesem Augenblicke wird zwar sicherlich mit Erfolg Alles aufgeboten werden, um eine Ministerkrisis wegen dieser Amnestiefrage zu vermeiden, die wenige Tage vor dem Termin zur Ausführung der Märzdekrete allerdings sehr ungelegen kommen würde; aber die gemäßigten Mitglieder des Kabinets, welche sich heute gegen die Amnestievorlage erklären, werden nun die Zielscheibe der radikalen Angriffe werden und denselben voraussichtlich nur zu bald unterliegen.

## Provinzielles.

**Stettin**, 16. Juni. Nach § 77 der Gesindeordnung vom Jahre 1810 kann das Gesinde, welches die Herrschaft durch ungebührliches Betragen zum Zorn reizt und in selbigem von ihr mit Scheltworten oder geringen Thätlichkeiten behandelt wird, dafür keine gerichtliche Genugthuung fordern. In Bezug auf diese Bestimmung hat das Reichsgericht, 1. Straffenat, durch Erkenntniß vom 12. April d. J. ausgesprochen, daß in diesem Falle jede Strafverfolgung ausgeschlossen ist, mag sie durch Privatklage oder auf Antrag durch öffentliche Klage Seitens des Staatsanwalts erhoben werden.

— Die Kapelle des 1. pommerschen Grenadier- (Königs-) Regiments Nr. 2 unter Leitung des Herrn Kapellmeisters Göttert konzertirt am Donnerstag Nachmittag auf dem Etablissement „Sommerlust" in Gotzlow. Hoffentlich ist das Wetter endlich einmal günstig, damit das konzertliebende Publikum Gelegenheit erhält, sich mit den Leistungen des neuen Dirigenten und seiner Kapelle vertraut zu machen. — Auf dem Bräunlich'schen Grundstück konzertirt gleichzeitig die Kapelle des 34. Regiments unter Leitung des Herrn Jancovius. Ob die gleichzeitige Veranstaltung von Konzerten auf beiden Grundstücken ein Vortheil oder ein Fehler ist, wird die Zeit lehren. Wünschenswerth erscheint es im Interesse des Publikums, wenn die beiden Kapellen sich über ein abwechselndes Spiel verständigen könnten, denn mit einem musikalischen Kreuzfeuer dürfte dem Publikum wenig gedient sein.

— Die deutsche anthropologische Gesellschaft, welche im vorigen Jahre zu Straßburg ihre General-Versammlung abhielt, hat dieselbe für dieses Jahr nach Berlin und zwar auf die Tage vom 5. bis 12. August zusammenberufen. Gleichzeitig mit der General-Versammlung beginnen soll eine Ausstellung der wichtigsten anthropologischen und vorgeschichtlichen Funde nach Art der im Jahre 1875 in München stattgehabten, welche aber dieses Mal das ganze deutsche Reich umfassen soll. Die Dauer der Ausstellung ist auf mindestens 14 Tage festgesetzt, soll jedoch über den Monat August nicht verlängert werden. Versammlung und Ausstellung werden in den Räumen des preußischen Abgeordnetenhauses stattfinden. — Schreiben sind zu richten an Dr A. Voß, Direktorial-Assistenten am königlichen Museum zu Berlin SW., alte Jakobsstraße 167.

— Die bereits wiederholt wegen Diebstahls vorbestrafte Wittwe Louise Aug. Wilh. Köhn, geb Graffenthin, aus Pasewalk kam Ende März d. J. nach Stettin und begab sich zu einer Frau Kohloff, welche sie um ein Unterkommen bat; als sich die Kohloff auf kurze Zeit aus dem Zimmer entfernt hatte, revidirte die Köhn ein auf dem Tische liegendes Portemonnaie und entwendete eine kleine Summe daraus; am nächsten Tage führte sie dasselbe Manöver bei einer Frau Fabian mit Erfolg aus. Deshalb in der heutigen Sitzung der Strafkammer des Landgerichts wegen Diebstahls angeklagt, wird die Köhn zu 3 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust verurtheilt, auch die Zulässigkeit von Polizeiaufsicht ausgesprochen.

Die nächste Verhandlung gegen den 15jährigen Dienstjungen Herm. Fr. W. Giesler aus Retzowsfelde wegen Verbrechen gegen die Sittlichkeit wurde mit Ausschluß der Oeffentlichkeit geführt und endete mit der Verurtheilung des Angeklagten zu 4 Monaten Gefängniß.

In einer Nacht im Februar ging der Knecht Herm. Gartmann aus Rohrsdorf mit seinen Brüdern in den nahen Wald, sägten eine Birke ab und schleppten dieselbe fort, wurden jedoch dabei von dem Halbbauer Milsner bemerkt und verfolgt; derselbe holte den jüngeren Bruder ein und schlug denselben zu Boden, während die beiden anderen, Herm. und Otto Gartmann, ihre Bürde abwarfen und mit Knütteln auf Milsner einhieben; derselbe erhielt dadurch so schwere Verletzungen, daß er nach kurzer Zeit verstarb. Da bei der Prügelei kein Zeuge anwesend war, konnte auch die Beweisaufnahme nicht vollständig aufgeklärt werden und konnte die Bestrafung nur auf Grund der Geständnisse der Gebrüder Gartmann erfolgen. Demgemäß wird Herm. Gartmann zu 11 Mon. 3 Wochen, Otto Gartmann zu 1 Jahr Gefängniß verurtheilt.

— In der Zei vom 6. bis 12. Juni sind hierselbst 21 männliche, 23 weibliche, in Summa 44 Personen polizeilich als verstorben gemeldet, darunter 28 Kinder unter 5 und 5 Personen über 50 Jahre.

## Vermischtes.

— (Ein kleiner Hofsänger.) Der Feuilletonist des „Prager Tagblatt" erzählt: Dieser Tage hatte sich der Kronprinz Rudolph in der leichten Blouse, an der ein Distinktionszeichen nicht sichtbar war, in die Hofstallungen verfügt und hörte da die Melodie eines czechischen Liedchens, das ein vorübergehender Schusterjunge sang. Der Kronprinz rief ihn in czechischer Sprache an und ersuchte ihn, das Liedchen noch einmal zu singen. „Ach, Sie möchten's umsonst haben", sagte der Junge barsch und pflanzte sich vor den Kronprinzen hin. Dieser sagte lachend: „Ich geb' Dir fünf Gulden." — „Wo möchten Sie die fünf Gulden hernehmen, Sie Feuerwehrmann, Sie?" erwiderte der Bursche, und auf die Frage des Kronprinzen, wer denn er sei, bemerkte er dann mit gesteigertem Selbstgefühl: „Ein czechischer Patriot!" Daraufhin bot ihm der Kronprinz 10 Gulden für sein Liedchen, und der vorsichtige Junge begehrte Vorausbezahlung. Der Kronprinz gab ihm sofort die Zehngulden-Note, die der Bursche auf den Boden legte, worauf er sich flink auf sie mit beiden Füßen stellte. Dann sang er im beschleunigten Tempo und in höchster Aufregung sein Lied, bückte sich hurtig nach dem Gelde und rannte davonlaufend an einen Herrn, der von der Ferne die interessante Scene mit angesehen und dem Burschen sagte, wer eigentlich der „Feuerwehrmann" gewesen. Nun eilte er wieder bestürzt zum Kronprinzen zurück und streckte ihm, keines Wortes mächtig, die 10 Gulden entgegen. Der Kronprinz hieß ihn das Geld behalten und bestellte ihn für den nächsten Tag in die Hofburg. Pünktlich stellte sich am andeeen Morgen der jugendliche „Meistersinger" in den Vorgemächern des Kronprinzen ein, wo bereits ein prächtiger Anzug für ihn bereit lag. Es gab in diesem Momente keinen beglückteren Menschen, als den kleinen Hofsänger.

— (Ein interessanter Kontroll-Apparat.) Im Vorzimmer des Kneiphöfischen Junkerhofes in Königsberg hatte ein Herr Gustav Hey einen Kontroll-Apparat aufgestellt, durch den die Gastwirthe vollständig in den Stand gesetzt werden, ihre Billardkellner in Bezug auf das von ihnen von den Billardspielern für's Spiel erhobene Stundengeld ausreichend zu kontrolliren Derselbe besteht aus einem in einem Kasten befindlichen Uhrwerke, in welchem die drei Billardkugeln Platz haben. So lange diese in dem Kasten liegen, hat die Uhr keinen Gang; sie erlangt solchen erst durch die Herausnahme der Kugeln. Der Wirth kann also zu jeder Zeit an der Uhr nachsehen, wie lange Billard gespielt worden ist, denn der Kellner wird sich wohl hüten, nach beendigtem Spiele die Kugeln länger außerhalb des Kastens zu lassen, sondern dieselben da hineinlegen, damit die Uhr still steht. Der Apparat ist gleichzeitig dem Wirthe insofern nützlich, als er weiß, daß sich die Kugeln stets unter Verschluß befinden. Der Preis desselben wird auf 30 Mark angegeben.

— Die „Temeswar. Ztg." erzählt unterm 10. d. von einem ungefährlichen Selbstmord, der nahe an das Gebiet der Posse streift: „Ein Selbstmordversuch mit lustigem Ausgange bildete gestern das ausschließliche Gesprächsthema der Josephstadt. Daselbst wohnt nämlich seit einiger Zeit ein Ingenieur, welcher ein ergebener Anhänger des Bacchus ist. In einer solchen Anwandlung faßte er vorgestern den Entschluß, seinem Leben durch Erschießen ein Ende zu machen. Zu diesem Behufe miethete er in einem innerstädtischen Gasthofe ein Zimmer und brachte seine selbstmörderische Absicht zur Ausführung. Daselbst erschoß er sich nach allen Regeln der Kunst und wartete geraume Zeit auf den eintretenden Tod, welcher aber nicht kam. Müde des Wartens, verließ er das Hotel und fuhr in die Josephstadt, um daselbst die Blutung zu erwarten. Der Josephstädter Stadtarzt erschien auch, konnte jedoch nur eine vom Pulver geschwärzte Hautabschürfung konstatiren. Als unser Todeskandidat fragte, wo die Kugel stecke, antwortete der Arzt: „Die haben Sie wohl vergessen, in die Pistole zu geben." Kaum hatte der Arzt diese Aeußerung gethan, so griff der tödtlich Verwundete, zur Bestätigung des ärztlichen Ausspruches, in die Westentasche und zog das corpus delicti, die vergessene Pistolenkugel, hervor."

## Wollberichte.

**Stolp**, 14. Juni. Der heutige Wollmarkt, der erste nach dem Versuchstriennium, blieb schon in Rücksicht auf die Zufuhr gegen seinen Vorgänger ganz erheblich zurück, indem heute nur knapp 1500 Ctr. von 55 Dominien gegen 3500 Ctr. von 75 Dominien im vorigen Jahre zum Verkauf angefahren waren. Das Geschäft begann sehr schleppend, belebte sich auch nur sehr wenig, so daß der heutige Markt sich als durchweg flau bezeichnen läßt. Von Fabrikanten waren nur wenige aus Forst und Spremberg, auch ein Fabrikant aus dem Rheinland anwesend, während die Zahl der Händler diejenige des Vorjahres erreichte. Durchschnittswolle erzielte 155—165 (vorjährige Preise), vereinzelt auch 170 Mark nach Berliner Marktbedingungen (9 pCt.) Die Wäsche ließ sich durchweg als eine mittelmäßige bezeichnen. Bis Mittag hatte der Markt noch viele Ueberstände aufzuweisen.

## Handelsbericht.

**Berlin**, 14. Juni. (Bericht über Butter und Eier von J. Bergson und Alfred Orgler.)

Das Buttergeschäft lag in voriger Woche recht matt. Die außerordentlich große Produktion drückt stark auf den Markt und nicht unbedeutende Preisrückgänge in sämmtlichen Qualitäten sind zu verzeichnen. Für den Export bleibt nur reinste Grasbutter gefragt, welche auch letzte Notirung behaupten konnte, während Blendlingswaare zu stark gewichenen Preisen keine Käufer findet. In Mittelbutter lieferten Schlesien, Westpreußen ꝛc. sehr schöne Waare, welche gern genommen wurde und von geringer Butter kamen aus Galizien, Ungarn und Mähren größere Posten herein, welche zu gedrückten Preisen theilweise Unterkommen fanden.

Es notiren ab Versandtorte: Feine und feinste Holsteiner und Mecklenburger 106—112 M., Mittel- 98—102 M., pommersche Land- 80 M., Pächterbutter 84 M., ost- und westpreußische 78 bis 85 M., Litthauer 80 M., Elbinger 80 M., ostfriesische 88—90 M.. schlesische 80 M., schlesische feinste 86 M., galizische 75 M., böhmische und mährische 75 M., polnische 78 Mark per 50 Kilo, letztere vier Sorten franko hier.

An letzter Eierbörse wurde bei sehr kleinen Beständen mit M. 2,80 bis M. 2,90 per Schock verkauft. Das Geschäft war mäßig, da Käufer bei diesen für jetzige Zeit ungewöhnlich hohen Preisen sehr zurückhaltend sind. An der heutigen Börse stellte sich der Preis bei kleinen Einlieferungen auf M. 2,80 per Schock.

Detailpreis Mark 2,90 bis Mark 3,00 per Schock.

Durchgang nach hier 162 Fässer, 726 Kisten, nach Hamburg — Fässer, 4194 Kisten.

## Telegraphische Depeschen.

**Dresden**, 15. Juni. Der König begab sich heute, begleitet von den Ministern v. Nostitz-Wallwitz und v. Könneritz nach der sächsischen Oberlausitz, wo gestern Abend, wie bereits gemeldet, ein Wolkenbruch schwere Opfer gefordert hat. Neueren Nachrichten zufolge beläuft sich die Zahl der in Oberoderwitz eingestürzten Häuser auf etwa 100, 6 Menschen sind dabei ums Leben gekommen, in Niederoderwitz kamen 8 Menschen um, während in Herrenhut 14 Personen vermißt werden. Das Elend in dem betroffenen Distrikt ist groß.

**Wien**, 15. Juni. Meldung der „Politischen Korresp.":

Aus Konstantinopel: Die internationale Reform-Kommission hat sich konstituirt und einigte sich dahin, ihre Beschlüsse mit Majorität zu fassen und den Vorsitz an den türkischen Delegirten Assym Pascha zu übertragen.

**Troppau**, 15. Juni. Der Landespräsident erklärte auf eine bezügliche Interpellation im Landtage, daß die diplomatischen Verhandlungen mit Preußen wegen der Oderregulirung noch nicht abgeschlossen seien.